



Universeller Zugang zu Covid-19-Impfstoff: Nur möglich, wenn die Regierungen einer WTO-Ausnahmeregelung zustimmen

Erklärung der Internationale der Öffentlichen Dienste

Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die während der gesamten Pandemie lebenswichtige öffentliche Dienstleistungen erbracht haben, fordern die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) auf, den Vorschlag Indiens, Südafrikas, Kenias, Mosambiks und Eswatinis für eine [Befreiung von einigen Bestimmungen des TRIPS-Übereinkommens zur Verhütung, Eindämmung und Behandlung von COVID-19](#) zu unterstützen.

Die Regeln für geistiges Eigentum (IP), die eingeführt wurden, um die Gewinne der Pharmaunternehmen zu schützen, stellen eine globale Bedrohung für die öffentliche Gesundheit dar und werden insbesondere für Entwicklungsländer eine wirtschaftliche Erholung unmöglich machen.

Die Pandemie hat den ArbeitnehmerInnen auf der ganzen Welt außerordentliche Opfer abverlangt. In einigen Ländern haben Beschäftigte des Gesundheitswesens unter gefährlichsten Bedingungen gearbeitet, oft ohne angemessene persönliche Schutzausrüstungen, mit verlängerten Arbeitszeiten und oft mit wenig oder gar keiner Freizeit. Tausende von Beschäftigten des Gesundheitswesens sind gestorben. Millionen von ArbeitnehmerInnen haben ihre Arbeit und ihren Lebensunterhalt verloren. Pharmaunternehmen dürfen nicht von der Pandemie profitieren, indem sie Monopolmacht erzwingen, während alle anderen Anstrengungen unternommen und Opfer gebracht haben, um die Krise zu überwinden.

Eine globale Erholung erfordert, dass jedes Land Zugang zu allen Informationen, Forschungsarbeiten und medizinischen Produkten hat, die zur Behandlung des Virus und zur Verhinderung seiner Ausbreitung erforderlich sind. Wenn kritische Informationen im Interesse des Profits oder des „Impfstoffnationalismus“ geheim gehalten werden, werden Millionen von Menschen unnötigerweise infiziert werden.

Beschäftigte des Gesundheitswesens, ExpertInnen in Wissenschaft und Forschung über den öffentlichen Sektor und PatientInnen haben die Informationen, die sie über das Virus gesammelt haben, routinemäßig ausgetauscht, in der Hoffnung, dass dieser Informationsaustausch zur öffentlichen Gesundheit beitragen wird. Ein Großteil der Informationen, die Pharmaunternehmen nutzen, stammt aus der Forschung des öffentlichen Sektors, aus öffentlichen Gesundheitseinrichtungen, öffentlichen Technologien und von Beschäftigten des öffentlichen Sektors. Viele Impfstoffe und Behandlungen gegen COVID-19 werden durch staatliche Unterstützung finanziert. Die Regeln des TRIPS-Abkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums verpflichten die Länder, großen Pharmaunternehmen die Privatisierung von Innovationen zu gestatten, die mit öffentlichen Mitteln erzielt wurden.

Die Regeln des geistigen Eigentums erlauben es den Pharmaunternehmen auch, andere Hersteller an der Produktion von COVID-19-Impfstoffen und Medikamenten zu hindern, was die Ausweitung der Produktion behindert. Diese Regeln stellen sicher, dass „Big Pharma“ ein Monopol über den Markt hat und selbst Regierungen die Preise diktieren kann, was die für eine wirtschaftliche Erholung erforderlichen öffentlichen Mittel verschlingt.

WWW.PUBLICSERVICES.INTERNATIONAL

Die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) ist eine internationale Gewerkschaftsföderation. Sie vertritt 30 Millionen ArbeitnehmerInnen, die in mehr als 150 Ländern der Welt öffentliche Dienste erbringen. Ihre Stimmen werden durch PSI bei den VN, der IAO, der WHO und anderen regionalen und globalen Organisationen zu Gehör gebracht. PSI setzt sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ein und fördert den universellen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten. PSI unterliegt der EU-Datenschutz-Grundverordnung. Hier finden Sie die [PSI-Datenschutzbestimmungen](#). Sie können uns auch direkt kontaktieren (privacy@world-psi.org), falls Sie Ihre Daten prüfen, korrigieren oder löschen möchten. [Abonnieren Sie](#) unsere digitalen Informationsmedien.

In der Erklärung von Doha zur öffentlichen Gesundheit wurden die im TRIPS-Abkommen enthaltenen Flexibilitäten bekräftigt, um den Bedürfnissen der WTO-Mitgliedsstaaten im Bereich der öffentlichen Gesundheit Rechnung zu tragen. Während jedoch einige Mitgliedstaaten die TRIPS-Flexibilität in ihre nationalen Gesetze aufnahmen, taten viele dies nicht. Darüber hinaus üben wohlhabende Länder oft politischen Druck auf Entwicklungsländer aus, damit diese die TRIPS-Flexibilitäten nicht nutzen.

Alle Regierungen, die sich global für die öffentliche Gesundheit einsetzen, sollten sich solidarisch zeigen, indem sie den COVID-19-bezogenen Verzichtsvorschlag unterstützen und den Verzicht auf die TRIPS-Verpflichtungen für die am wenigsten entwickelten Länder dauerhaft machen. Zur Bewältigung der beispiellosen Herausforderung, die die COVID-19-Pandemie darstellt, müssen alle Länder und alle Teile der Gesellschaft ihren Beitrag leisten.

Die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) vertritt mehr als 30 Millionen Beschäftigte, darunter Beschäftigte im Gesundheitswesen, in der Altenpflege, im Wasser-, Sanitär- und Energiesektor, in Notfalldiensten und Beschäftigte, die die Dienste und die Verwaltung auf kommunaler, regionaler und föderaler Ebene in Gang halten. Wir werden mit unseren Mitgliedsorganisationen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass sich die nationalen Regierungen darüber im Klaren sind, dass die Beschäftigten des Gesundheitswesens und anderer öffentlicher Dienste von ihnen erwarten, dass sie diese WTO-Vorschläge unterstützen.